

Antrag A12: Gegen Polizeigewalt und die Kriminalisierung von Protesten gegen Krieg

Antragsteller*in:	Konstantin Gorodetsky (M · KV Lausitz), Rolf Niebel-Dietrich, Jörg Schönberg (M · KV Havelland), Ralf Wunderlich (KV Oberhavel), Markes Zschau, Felix Körner, Sonja Newiak, Frithjof Newiak
Status:	angenommen

1 Die Linke Brandenburg verurteilt aufs schärfste die Eskalation von
2 Polizeigewalt gegen friedliche Proteste gegen Krieg und Aufrüstung,
3 beispielsweise auf dem Protestcamp von Rheinmetall entwaffnen im
4 September, der Demonstration "Geld für den Kiez statt Waffen für den
5 Krieg" im Oktober in Berlin sowie Demonstrationen gegen den Krieg in Gaza.
6 Bei diesen wurden neben zahlreichen Genoss*innen sowie weiteren
7 Demonstrierenden auch MdB der Linken Opfer von Polizeigewalt. Die Linke
8 Brandenburg solidarisiert sich mit den Opfern dieser Gewalt und fordert
9 Konsequenzen für die beteiligten Beamt*innen, insbesondere solche in
10 leitender Funktion.

11 Die Linke Brandenburg bekennt sich zu den Beschlüssen des Hallenser und
12 des Chemnitzer Parteitages zum Krieg im Nahen Osten. Die Solidarität mit
13 den Opfern dieses Krieges, unabhängig von ihrer Herkunft, ist unsere
14 Handlungsmaxime. Menschenrechte gelten universell! Die Verurteilung
15 israelischer Kriegsverbrechen ist für uns deshalb so selbstverständlich
16 wie die Verurteilung der Gewalttaten der Hamas. Gegen sie zu protestieren,
17 ist gleichermaßen ein von der Meinungs- und Demonstrationsfreiheit
18 geschütztes Gut. Wir solidarisieren uns mit allen friedlichen Protesten
19 gegen die Kriegsverbrechen in Gaza und den Forderungen zur sofortigen
20 Beendigung der humanitären Katastrophe vor Ort. Wir sehen uns in
21 Übereinstimmung mit der Kritik internationaler Menschenrechtsbeauftragter
22 der UN und EU an unzulässigen Eingriffen in das hohe Gut der
23 Versammlungsfreiheit durch die Polizeigewalt in Deutschland. Eine
24 Kriminalisierung und pauschale Verbote insbesondere propalästinensischer
25 Demonstrationen lehnen wir entschieden ab! Friedliche Proteste dürfen
26 nicht länger von willkürlichen und diskriminierenden Auflagen und
27 Polizeigewalt bedroht sein!

28 Eine friedliche Zukunft in Nahost wird nur im Rahmen einer Zwei-Staaten-
29 Lösung möglich sein. Das Existenzrecht Israels ist für uns ebenso
30 unantastbar wie das Recht des palästinensischen Volkes auf eine
31 selbstbestimmte, friedliche und freie Entwicklung in einem eigenen Staat.

Begründung

erfolgt mündlich